

Die Stunde Null und das Jahr Eins

Als der Startschuss für die Kommunistische Initiative fiel, war nur die Notwendigkeit des Impulses klar. Es mangelte an allem. Das organisatorische Rüstzeug gemäß der heutigen Bedingungen fehlte, es fehlten Machbarkeitsanalysen und ein wirksamer Apparat. Nur dank solider theoretischer Vorleistung der unbeirrt voranschreitenden Zeitschrift offen-siv bestand das notwendige Verständnis für die MÖGLICHKEIT eines kommunistischen Neubeginns.

Dieser stellte sich uns – den Begründern der KI - als Aufbruch dar, aus dem politisch-ideologischen Sumpf eines flächendeckend wuchernden modernen Revisionismus sowie des daraus folgenden organisatorischen Defizits der deutschen kommunistischen Bewegung.

Die am weitesten fortgeschrittenen Kommunisten sammelten sich als Leserschaft von offen-siv – vergleichbar etwa dem Rot-Fuchs-Sammeln, aber – zunächst diesem ebenfalls vergleichbar – als konzeptionslose, offene konsumtive Gemeinschaft ohne politische Konsequenz. Nun bewies unsere Formel der Einheit von revolutionärer Theorie und revolutionärer Praxis wieder ihre Schlüssigkeit. Aus nahezu allem Richtigen, was offen-siv aufgezeigt hatte, MUSSTE die logische Schlussfolgerung des Handelns erwachsen, aus der allgemeinen Herausforderung folgte der Kreis um offen-siv den konkreten Fortschritt. Nicht allein die Lektüre von offen-siv diente der Erkenntnis, zugleich atmete die Zeitschrift – und fährt darin fort – den Geist der leninschen Orientierung eines Parteiorgans (sozusagen in dessen Urstadium), hob nicht den Zeigefinger, verlor sich nicht, sondern behielt bei allem das Organisieren im Auge. Entscheidenden Erkenntnisprung danken etliche offen-siv – Leser nicht der Zeitschrift allein, sondern deren Sonderveröffentlichungen und der lebendigen politischen Arbeit des Herausbergremiums sowie dem Einblick in so fundamentale Schriften wie der „Taubenfußchronik“ von Kurt Gossweiler. Mit unbestechlichster Präzision untersucht Gossweiler hier die Irrungen und Wirrungen der Kommunisten seit den fünfziger Jahren und enthüllt den konterrevolutionären Umsturz 1989/90 in Europa als zwangsläufigen Endpunkt eines Prozesses, der in den fünfziger Jahren begann. Wie plastisch traten nun entscheidende Zerstörungsstrategien des Imperialismus hervor! Wie deutlich wurde nun die saft- und kraftlose Implosion des Warschauer Vertrages als Werk kontinuierlicher Unterminierung des Klassengegners und ideologischer Fäulnis greifbar!

Vor zehn Jahren konnte man den Genossen Kurt Gossweiler beeindruckt hören, in Berlin auf der Konferenz anlässlich des fünfzigsten Jubiläums der DDR, natürlich von offen-siv maßgeblich organisiert. Dort war „Wider den Revisionismus“ zu erhalten – eine Gossweilersche Zusammenfassung und für manchen das erste Aufreißen des Nebels – für manchen, der infolgedessen angespannt die Entwicklung der kommunistischen Bewegung beobachtete. Deutlich schien, dass diese grundsätzlichen Klärungen – und dadurch Wegweiser – ihre Zeit benötigten, um Kreise zu ziehen und zu wirken. Jedoch: Die Abläufe der imperialistischen Zerstörungsstrategien ließen sich nun beim besten Willen weder leugnen, noch deren Agenten in wichtigen Stellungen des Sozialismus weiter als „subjektivistisch-idealistiche Trottel“ verniedlichen, noch übersehen. Die wirkliche Klärung in der kommunistischen Bewegung war eine Frage der Zeit. Je bekannter vor allem die Gossweilerschen Analysen und Schlüsse wurden, desto öfter

und kompromissloser mussten (und müssen) sich Kommunisten nun daran messen lassen – und desto weniger kommen sie um den praktischen Schritt herum; aus dem Dilemma heraus. Unbedingt aber bedarf es des Keimens für das Wachstum.

Um den ersten Schritt herum, ohne politisch-ideologische Bereinigung, kann es kein Wachstum geben, weil diese die Grundbedingung für gesunde Strukturen und für wirksame politische Arbeit ist. Diese Sauberkeit ist eine Frage von Inhalt dem Wesen nach; keine Frage von Sterilität oder gar nur der Proklamation, wie gewisse Teile der deutschen kommunistischen Bewegung es auch versuchten, indem sie gewissermaßen den zweiten Schritt vor dem ersten unternahmen, unter der antileninistischen Losung „Ohne Kompromisse!“.

Die Stunde Null, die der neuen wirklichen kommunistischen Bewegung vorausging, wird mancher als verloren ansehen, aber auch diese, nunmehr zwanzigjährige, „Pause“ war offenbar notwendig; für tiefere Einblicke der (fortgeschrittensten) DDR-Erfahrenen in die revisionistische Fäulnis der schließlich eng mit der DDR verbundenen DKP und deren Verweigerung einer konsequenten Rückbesinnung auf die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus. Sie war notwendig für die vormaligen (und noch) in der DKP Organisierten, um im politischen Alltag den opportunistischen Charakter dieses Reliktes aus der Zeit des „Streites der Ideologien“ zu erkennen, die Verzweiflung über Demontage der DKP durch den Parteivorstand mit seinen schwülstigen Papieren reifen zu lassen, ebenso wie durch dessen konsequent verweigerte Analytik, demzufolge auch verweigerte Handlungsorientierung. Die zwanzigjährige Pause war notwendig auch, um Seitenwege als Abwege, als Sackgassen, zu erkennen. So war die einheitliche (und das heißt vor allem marxistisch-leninistische) kommunistische Partei nicht zu bekommen.

Die nachkonterrevolutionäre Erfahrung einer modernen, übergreifenden Reaktionsperiode war auch für die Bourgeoisie neu, wodurch der reale Sozialismus spürbar nachhallte. Auch festere (und einsichtslosere) Charaktere sahen sich dem Sirenengesang der Verbürgerlichung ausgesetzt samt Häuslebau und Reisewut auf Pump. Einige haben diese Prüfung nicht bestanden. Schwerer wog (und wiegt) jedoch der theoretische Wildwuchs, der, ein halbes Jahrhundert alt, seit 1990 ideales Klima fand, wucherte und metastierte. Uralte Illusionen über den Imperialismus erschienen uns geisterhaft und real, Kautsky und Bernstein erstanden auf und lehrten uns gruseln.

Andererseits waren auch gemeinsame Verständigungsformen zu finden. Und vielleicht führten bei manchem erst die offensichtlich imperialistischen Aggressionskriege, vor allem die Bombardierung Jugoslawiens, zur Beendigung des Schlafes der Vernunft. Aber wie der Erwachende zuerst seine Augen reibt, blieb auch für die weitere Reifung Zeit zu veranschlagen, musste sich der Betreffende doch zurechtfinden in der Welt; offenbar ihrem Wesen nach dieselbe, die er einst in der SED-Parteischule theoretisch erfahren, und die dabei völlig neue Herausforderungen erzwang. Die Zahl deutscher Kommunisten „auf der Suche“ nahm nun gravierend zu, der gesellschaftliche Rahmen verschärfte sich, während die Selbsterlegung einer ideologisch verfaulten und sich selbst zerfressenden DKP groteske Formen annahm, deren Parteivorstand im chaotischen Programmstreite nicht einmal mehr

Parteitagebeschlüssen Beachtung schenkte.

Den nunmehr wirklichen Schritt ins politische Sein gingen die ersten Genossen der KI anlässlich einer offen-siv – Herausgebertagung und angesichts eines aktuellen und historisch unterlegten Vortrages des Genossen Otto Bruckner über die KI in Österreich. Dieser wirkliche Schritt entsprach nun den gewachsenen Bedingungen. Konnte er greifen? Würde die Initialzündung in der BRD sichtbar? Kein Mensch konnte das mit letzter Sicherheit beantworten. Aber selbst, wenn der Motor nicht angesprungen wäre, selbst bei einer Wegstrecke des Schiebens und der fortdauernden Unsicherheit: Es war notwendig, nun den ersten Schritt zu gehen, weil alle Umstände es nahe legten. Und zudem gab es eine vergleichbare Initiative, die politisch-ideologische Bereinigung organisatorisch umsetzte, die Kommunistische Initiative Österreichs.

Das Kollektiv der zukünftigen KI fand sich schnellstens zusammen, auf eine Weise, die Mut stiftete. Unverkrampt, ohne formalistische Reibungen, im einhelligen Bestreben, wirkliche Bewegung zu vollziehen – und anzuregen, gründete die Überzeugung, erfolgreich zu werden, auf dem Kern der KI-Konzeption. Dies war die neue, erstmals praktizierte Methode der Vereinigung ÜBER Partei-Grenzen hinweg; mit ebenso wenig Rücksicht auf solche wie Angriff gegen solche. Der Blick auf die künftige einheitliche und revolutionäre kommunistische Partei gebot das. Nun lag – und liegt – der Ball bei jedem Kommunisten selbst: Bist Du Teil der EINHEIT der Kommunisten? Dieses Vorgehen war umstandslos, in der Tat alternativlos, in der taktischen Zielstellung der vollständige und zugleich einzig richtige Kompromiss und deshalb in der praktischen Konsequenz kompromisslos: Für oder gegen die gemeinsame kommunistische Partei? Jeder bleibt auf seinem Posten und wirkt dort für die Einheit der Kommunisten auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Bei näherer Prüfung kann der Schluss nur sein: Alles andere steht dem gegenüber – alles andere ist faktisch Spaltung.

Seit dieser wahrlich historischen Herausgebertagung ist ein Jahr vergangen.

Hätte nicht das Internet seine Rolle als universelles Kommunikationsinstrument übernommen, wären wir vielleicht noch nicht auf dem heutigen Stand. Alle seine Möglichkeiten

wurden beachtet. Die Geburtsfehler des Vorläufigen Organisationskomitees wurden rasch und völlig unbürokratisch behoben. Unsere Konzepte waren oft mangelhaft, denn sie konnten nur anhand der oft neuartigen Aufgaben entworfen werden. Aber sie wurden so rasch wie möglich korrigiert. Mit der Zunahme an Unterstützern war ab Frühsommer 2009 in der bisherigen Weise nicht weiter voran zu kommen. Eine zweite Restrukturierung musste wirksam werden und der Organisationsstab formte sich erneut um. Die Genossen werden nun regelmäßig mit dem „newsletter“ der KI versorgt, die Organisation an lokalen und regionalen Schwerpunkten greift um sich. Die KI-Homepage gibt zentrale Orientierung vor, bundesweit, ja europaweit und sogar weltweit ist die KI an der Unterstützung und Verknüpfung fortschrittlicher Entwicklungen beteiligt. Man kann ruhigen Gewissens sagen: Wer die KI hierzulande nicht zur Kenntnis nimmt, ist über die kommunistische Bewegung des Landes nicht informiert. Lokale Ortsgruppen und Regionalverbände entstehen. Die parallel verlaufende Weiterentwicklung kulturtheoretischer Aspekte des Marxismus-Leninismus dieser Tage erlaubt der KI bald eigene, neue Ausdrucksformen.

Und weiter fließt Bestätigung des geradlinigen Kurses der KI durch den Zustrom der bewussten Genossinnen und Genossen. Notwendig ist, sich für Unterlassungen, für vielleicht verspätet oder nicht passend beantwortete Fragen und Forderungen in der Frühphase gegenüber unseren Mitgliedern zu entschuldigen. Wir können nun sagen, dass dies der Vergangenheit angehört.

Nicht überall ist der Erfolg gleichermaßen wirksam. Organisationspolitische Zielstellungen wurden an einem wichtigen Punkt nicht erreicht, während zunehmend flächendeckend Interesse und Aufmerksamkeit für die KI zu bemerken sind.

In absehbarer Zeit, voraussichtlich noch dieses Jahr, wird das „Vorläufige Organisationskomitee“ verschwinden. Die Stärkung der KI erlaubt die bundesweit demokratische Wahl eines Leitungsgremiums, die Herausbildung von Arbeitsstrukturen, welche die „Phase der Improvisation“ beenden und kontinuierliche politische Arbeit übernehmen werden – für eine starke kommunistische Partei in Deutschland.

Thomas Waldeck

Beschluss der DKP Niederlausitz

Die Grundorganisation Niederlausitz der DKP verurteilt einstimmig den Beschluss des Parteivorstandes der DKP vom 11./12. Juli über die Unvereinbarkeit der DKP-Mitgliedschaft mit der Kommunistischen Initiative in Deutschland.

Der Parteivorstand beruft sich in seinem Unvereinbarkeitsbeschluss zur KI auf die Unvereinbarkeit mit „Politik und Statut“, das heißt auf die notwendige Anerkennung der programmatischen Ziele der DKP gemäß Statut.

Wir erkennen programmatische Inhalte der DKP an, lehnen jedoch solche ab, die im Widerspruch zur Präambel des Statuts der DKP stehen, die diese Partei zu einem „marxistischen“ und „revolutionären“ Profil verpflichtet, sowie zu Artikel 3 des Statuts: „Die innerparteiliche Demokratie in der DKP wird geprägt von der marxistischen Weltanschauung – den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin – und der Gemeinsamkeit der politischen Ziele.“

Zudem ist in Artikel 3 des Statuts geregelt: „Beschlüsse dürfen die freie wissenschaftliche Debatte zur Erarbeitung neuer Erkenntnisse nicht behindern.“

Die Durchsetzung und Verteidigung dieser statuarischen

Bestimmungen und der notwendige Kampf für eine einheitliche, revolutionäre marxistisch-leninistische deutsche kommunistische Partei sehen wir als dringende Aufgabe der Kommunisten der DKP.

Es ist eine Tatsache, dass es derzeit keine starke, einheitliche kommunistische Partei in Deutschland gibt. Somit befindet sich der Parteivorstand der DKP im Unrecht, wenn er davon ausgeht. Oder aber er trennt sich mit dieser Haltung von der Lehre Lenins und deren Parteikonzept, womit er selbst statutenwidrig handelt.

Im Sinne Lenins und seiner Konzeption der „Partei Neuen Typs“ an der Schaffung einer starken, einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei als wirklichem Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse zu wirken, – diese Pflicht hat jeder Kommunist. An dieser objektiven Aufgabe des bewussten Teils der deutschen Arbeiterklasse können Entschließungen des DKP-Parteivorstandes nichts ändern.

Wir bekunden unseren festen Willen, in der Erfüllung dieser Pflicht als Kommunisten nicht nachzulassen und erwarten eine Stellungnahme des Parteivorstandes der DKP.

Cottbus, 15. September 2009

Kämpfen wir gemeinsam für die Einheit der Kommunisten!

Zum Beschluss des DKP-Parteivorstands, die DKP-Mitgliedschaft mit der Unterstützung der KI für unvereinbar zu erklären

Es ist noch nicht einmal ein Jahr vergangen, seit wir mit unserem Aufruf zur Schaffung einer „Kommunistischen Initiative“ an die Öffentlichkeit gingen. In unserem Aufruf hieß es u.a.:

„Die Widersprüchlichkeit der Situation der kommunistischen Bewegung in Deutschland zeigt sich immer zugespitzter. Auf der einen Seite wird die Notwendigkeit einer einheitlichen, marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei immer deutlicher; auf der anderen Seite hält der Niedergang der kommunistischen Bewegung in Deutschland an. Sie ist zersplittert, in verschiedene Parteien, Organisationen, Projekte gespalten. Politisch in ihr dominant sind nach wie vor unterschiedlichste revisionistische Konzeptionen. Verschiedene Versuche, in den letzten Jahren zu mehr Einheitlichkeit unter den zersplitterten Kommunisten zu kommen, sind kläglich gescheitert, weil sie über keine klare, marxistisch-leninistische Basis und damit auch keinerlei strategische Konzeption verfügten. Tatsache ist: verantwortlich für die anhaltende Zersplitterung, Schwäche sowie den schleichenden Niedergang der kommunistischen Bewegung (nicht nur) in Deutschland ist der Revisionismus, d.h. die Erosion der politisch-ideologischen wie auch organisatorischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus und damit der Kommunistischen Partei. Gleichzeitig wird jedoch der Wunsch nach Einheit unter den Kommunisten stärker. Die Erfahrungen wie auch die vorhin kurz skizzierte Lage der kommunistischen Bewegung in Deutschland machen es jedoch unrealistisch, darauf zu hoffen, dass eine solche Einheit von den Organisationen herbeigeführt, getragen und umgesetzt wird. (...)

Wir wenden uns daher an alle in Deutschland, die sich als Kommunisten verstehen – ob organisiert, unorganisiert oder nicht mehr organisiert- sowie an alle – besonders junge Arbeiter, Schüler und Studenten -, die nach einem revolutionären Bruch mit dem imperialistischen System streben: diskutiert die Lage! Nehmt Kontakt zum Koordinierungsgremium der Kommunistischen Initiative auf! Propagiert und schafft gemeinsam mit uns eine Kommunistische Initiative, die willens und in der Lage ist, in einem längerfristigen Prozess die Bedingungen für die Formierung einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei in Deutschland zu schaffen!“

Damit war von Beginn an klar, dass die Kommunistische Initiative (KI) keinerlei Zusammenschluss (auch nicht verkappter!) von kommunistischen Parteien, Organisationen, Zeitschriften oder Projekten ist, sondern ein freiwilliges Zusammengehen von Kommunistinnen und Kommunisten, ob organisiert, unorganisiert oder nicht-mehr-organisiert. Dem würde in logischer Konsequenz widersprechen, wenn die Kommunistische Initiative ihre Unterstützer und Sympathisanten auffordern würde, ihre Organisationen zu verlassen. Das Gegenteil ist der Fall!

Auf dieser klaren Basis haben sich bisher Mitglieder verschiedener kommunistischer Parteien und Organisationen in der BRD, aber mindestens genau so viele Unorganisierte der KI als Unterstützer und Sympathisanten angeschlossen. Zudem gibt es eine wachsende Zahl von Interessierten. Dieser Prozess ist bereits stärker und dynamischer, als wir es bei der Veröffentlichung unseres Aufrufs eingeschätzt hatten. Auch

ist festzustellen, dass über die KI und ihre Ziele an der Basis breit diskutiert wird. Dies hat es uns erlaubt, erste organisatorische Basisstrukturen (so in Thüringen, Berlin, Cottbus und Dresden) aufzubauen oder in anderen Regionen dieses vorzubereiten. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Wochen und Monaten noch deutlich intensivieren.

Jetzt hat der Parteivorstand der DKP auf seiner 7. Parteivorstandstagung am 11./12. Juli 2009 in Essen beschlossen, dass „die Unterstützung der Kommunistischen Initiative mit der Politik und dem Statut der DKP nicht vereinbar“ sei: „Deshalb ist eine Unterstützung der Kommunistischen Initiative und die Mitgliedschaft in der DKP nicht vereinbar.“

Interessant erscheinen an diesem Beschluss verschiedene Aspekte. Zum einen wird die KI vom DKP-Parteivorstand als so wichtig eingeschätzt, dass dieser sich jetzt gezwungen sah, einen „Unvereinbarkeitsbeschluss“ zu fassen. Richtig ist, dass eine wachsende Zahl von DKP-Mitgliedern entweder die KI bereits unterstützt oder aber an ihr interessiert ist. Verschiedene Elemente der Wortwahl des DKP-Parteivorstandsbeschlusses erinnern frappierend an einen diffamierenden Artikel des „Rotfuchs“-Chefredakteurs Klaus Steiniger. So wurde u.a. wahrheitswidrig der KI unterstellt, sie würde andere Organisationen, hier die DKP, als „Steinbruch“ nutzen wollen. In der Wochenzeitung der DKP, „unsere zeit“, die am 17. Juli 2009 auf Seite 1 über die besagte Parteivorstandstagung berichtete, verknüpft der Autor des Artikels in einem Satzungsetüm u.a. den Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die KI mit der vom Parteivorstand ebenfalls ganz offiziell verabschiedeten scharfen Abmahnung der eigenen Genossen aus Sachsen-Anhalt. Diese hatten es gewagt, auf ihrer Landesmitgliederversammlung einen Beschluss zu fassen (und diesen später zu veröffentlichen), in dem die Parteiführung für ihre Positionierung zu den Europawahlen kritisiert wird. Die KI hat diesen Beschluss der Genossinnen und Genossen aus Sachsen-Anhalt auf der KI-Homepage veröffentlicht (www.kommunistische-initiative.de).

Es bleibt abzuwarten, was jetzt in der DKP passieren wird. Wird der „Unvereinbarkeitsbeschluss“ zum Knüppel gegen die vielen kritischen DKP-Mitglieder, die den Kurs ihrer Partei mit zunehmender Sorge betrachten? Wie werden diese Genossinnen und Genossen nun reagieren? Wird die DKP jetzt Kommunisten ausschließen? Wie werden sich alle diese möglichen Entwicklungen auf die weitere politische, ideologische und organisatorische Entwicklung der DKP auswirken?

Wir werden all das schon sehr bald sehen. Wir lassen uns jedoch nicht von unserem Kurs abbringen und freuen uns über jeden Genossen, jede Genossin aus der DKP, die nach ihren Möglichkeiten unser Ziel der Einheit der Marxisten-Leninisten in der BRD unterstützen. Diese wachsende Einheit ist nötig gegen die immer aggressiver werdende imperialistische Barbarei. Diese Einheit, die auf marxistisch-leninistischer Klarheit fußen muss, ist die notwendige Basis für die längerfristig zu formierende einheitliche, marxistisch-leninistische Kommunistische Partei in der BRD!

**Kämpfen wir also gemeinsam für die Einheit der Kommunistinnen und Kommunisten in der BRD!
„Kommunistische Initiative in Deutschland“**

*Vorläufiges Organisationskomitee (VOK)
Berlin, den 8. August 2009*

„...und der Zukunft zugewandt!“

Konferenz zum 60. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Die zweitägige Konferenz, die im Augenblick stattfindet, da diese Ausgabe erscheint, wurde von vielen Kommunisten mit Spannung erwartet. Zahlreiche Anmeldungen liegen vor, das räumliche Fassungsvermögen ist erschöpft. Die Konferenz wurde von der Redaktion und dem Herausbergremium der Zeitschrift „offen-siv“ organisiert und unter anderem von der KI unterstützt.

Programm der Konferenz war eine marxistisch-leninistische Bewertung der DDR, ihrer historischen Errungenschaften wie auch die Analyse der Gründe und Hintergründe für die schließlich siegreiche Konterrevolution. Die Veranstalter bekennen sich zur DDR als größter Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Namhafte Referenten (so u.a. Kurt Gossweiler, Heinz Keßler, Erich Buchholz, Achim Reichardt, Hans-Werner Deim, um nur einige wenige zu nennen) werden deshalb aus unterschiedlichen Erfahrungen heraus nicht nur deutlich machen, was es konkret bedeutet, dass diese DDR die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung war und ist, sondern auch beleuchten, wie die Konterrevolution Fuß fassen konnte. Eine erwartete interessante internationale Beteiligung wird auch diese Aspekte weiter unterstreichen.

Aber der Titel sagt ja viel mehr aus. Die Konferenz soll „der Zukunft zugewandt sein“, weil die Errungenschaften wie auch die Erfahrungen der DDR in die Zukunft

weisen, Basis für einen neuen siegreichen revolutionären Prozess in der imperialistischen BRD sein werden. Eine der Errungenschaften der DDR, die auch Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus war, ist die Einheit der Arbeiterbewegung und ihrer marxistisch-leninistischen Avantgarde in Gestalt der SED. Heute fehlt der Arbeiterbewegung in der imperialistischen BRD eine einheitliche, fest auf den Fundamenten des Marxismus-Leninismus ruhende kommunistische Partei. Ohne eine solche Partei kann es keine sozialistische Revolution und keinen Aufbau des Sozialismus geben! Auch das ist eine der vielen Lehren aus der Geschichte der DDR...

Deshalb wird der zweite Tag dem Ansatz der „Kommunistischen Initiative“ gewidmet sein, die sich zunächst zur Aufgabe gestellt hat, die Marxisten-Leninisten in der BRD, ob organisiert oder unorganisiert, zu sammeln mit dem langfristigen Ziel, diese so notwendige Partei zu schaffen. Damit wird die Konferenz zugleich auch eine Möglichkeit für die bisherigen Unterstützer und Interessierten sein, sich einmal bundesweit zu treffen, auszutauschen und konkrete Vorschläge für die weitere Arbeit und Entwicklung zu diskutieren und zu vereinbaren.

KI (V.O.K.) gestützt auf

Frank Flegel (Redaktion „offen-siv“)
Egerweg 8, 30559 HANNOVER
Tel & Fax: 0511-5294782;
Mail: redaktion@offen-siv.com

Fragen und Antworten zur Kommunistischen Initiative

Was ist der Zweck der Kommunistischen Initiative?

Das Ziel dieses Unterfangens ist es, wie es im Aufruf „Schafft die Kommunistische Initiative in Deutschland“ formuliert, letztlich über mehrere Zwischenschritte zu einer einheitlichen leninistischen Partei in Deutschland zu gelangen.

Unserer Ansicht nach kann keine der derzeit existierenden Organisationen den Anforderungen der Umstände genügen und als Pol bzw. Zentrum der kommunistischen Bewegung in Deutschland zu fungieren, wie dies einst bei der historischen KPD der Fall war. Die Gründe dafür liegen neben Besonderheiten der deutschen Geschichte (wie etwa dem KPD-Verbot oder der Teilung während der Systemauseinandersetzung) entweder bei Form oder Inhalt der verschiedenen Organisationen.

In manchen dominieren politische Ansichten mit fatalen Konsequenzen, die diese letztlich als kommunistische Parteien untauglich machen, andere sind wiederum schlicht zu klein oder haben gar nicht den Anspruch Partei zu sein. Angesichts dieser Lage, machten wir uns auf die Suche nach einem Ausweg, hin zu einer einheitlichen kommunistischen Partei.

Einen der ersten Schritte dahin sehen wir darin, Kommunisten – egal ob organisiert oder unorganisiert – auf der Basis von drei zentralen Standpunkten eine gemeinsame Basis zu geben.

1.) Gültigkeit des Marxismus-Leninismus

- 2.) Anerkennen der „RGW-Staaten“ als sozialistisch, insbesondere die DDR
- 3.) Einschätzung des Revisionismus als eine der Hauptursachen der Niederlage

Diese drei Standpunkte haben wir gewählt, da sie für jeden Kommunisten selbstverständlich sein sollten und gleichzeitig eine klare Trennungslinie zu anderen linken Strömungen ziehen. Diese knappen und klaren Grundprinzipien zeigen unserer Ansicht nach welchen Charakter und welchen Inhalt eine solche Initiative haben muß und schließt besonders populäre linke und rechte Abweichungen aus – schließlich können nur Genossen die auch in die selbe Partei gehören ein solches Unterfangen erfolgreich meistern.

Warum wurde die Kommunistische Initiative nicht als ein Parteienbündnis marxistischer Organisationen in Leben gerufen?

Wir hatten uns für die Form als Personenbündnis entschieden, da uns ein Parteienbündnis oder vergleichbares aus verschiedenen Gründen nicht realisierbar erschien.

Zum einen hätte, schon alleine wegen der geringen Anzahl an Organisationen, welche die obigen Grundprinzipien teilen, nur ein kleiner Kreis aus den üblichen Verdächtigen erreicht werden können. Zum anderen hätte ein

solches Bündnis diejenigen Genossen ausgeschlossen, welche in nicht beteiligten Vereinigungen organisiert sind. Dasselbe Problem hätte sich bei den unorganisierten Kommunisten ergeben.

Warum wurde statt dessen diese Form gewählt?

Als wir über das Konzept der Kommunistischen Initiative nachdachten, war klar, dass die Situation der kommunistischen Bewegung in Deutschland nicht ohne Gründe so ist wie sie eben ist. Die gar nicht so wenigen Genossen mit gemeinsamen leninistischen Auffassungen verteilen sich über ein nur schwer überschaubares Spektrum von Parteien und Vereinen und stellen nur in den wenigsten die Mehrheit. Sie verfolgen – sofern diese angestrebt wird – durchaus unterschiedliche Taktiken auf dem Weg zur Einheit und haben meist gute Gründe, dafür in ihren jeweiligen Zusammenhängen zu sein.

Auf der anderen Seite bleibt, beziehungsweise wird, eine zunehmende Anzahl von Genossen aufgrund dieser Situation unorganisiert. Unter Berücksichtigung dieser Umstände und den mangelnden Aussichten eines Parteienbündnisses (siehe oben) war die gewählte Form eines Personenbündnisses von Genossen mit gemeinsamen Auffassungen die logische Konsequenz. Eine solche Initiative steht somit nicht im Widerspruch zur Mitgliedschaft in anderen Organisationen oder gar in Konkurrenz zu diesen und bietet somit allen inhaltlich (!) dazu bereiten Genossen die Möglichkeit an ihr mitzuwirken.

Warum wurde keine Neugründung einer Partei auf den richtigen Grundsätzen beschlossen, welcher dann alle Gleichgesinnten beitreten können?

Gründe, die gegen diese Option sprechen ist, dass eine solche Partei sofort in ein Spannungsverhältnis zu bestehenden Organisationen treten würde und somit diese ebenso wie die KI geschwächt würden. Es gibt zahlreiche Genossen, insbesondere in der DKP, die dort her-

vorragende Arbeit in der Auseinandersetzung mit ihrer gegenwärtigen Führung leisten und sich nach einem solchen Schritt in einem Dilemma befinden würden: Eine Entscheidung für die Kommunistische Initiative würde das Aufgeben dieser Kämpfe und deren Weiterführen eine Absage an die KI bedeuten.

Ein weiteres Argument gegen diese Variante ist, dass ein solches Vorgehen die Frage der Partei losgelöst von der tatsächlichen Entwicklung zu einem viel zu frühen Zeitpunkt auf die Tagesordnung setzt. Wann die Kommunistische Initiative zur Partei wird und ob diese dann eine neu gegründete sein muss wird uns die Entwicklung in der Praxis zeigen. Zu guter Letzt hätte eine solche Gründung zum Beginn der, an mit Parteien eigentlich schon gut bedienten, kommunistischen Bewegung in Deutschland lediglich eine weitere, objektiv wirkungslose Gruppierung hinzugefügt.

Warum hat man sich für den Schritt zur Kommunistischen Initiative entschieden anstatt etwa die Opposition in der DKP zu stärken?

Zum einen würde ein solcher Schritt, wie schon in der Frage des Bündnisses angesprochen eine beträchtliche Anzahl von Genossen von der Entwicklung ausschließen, da diese überhaupt nicht oder nicht in der DKP organisiert sind. Zum anderen war einer der Beweggründe, die zur Schaffung der KI führten der, dass – bei einer realistischen Analyse der Situation – der eurokommunistische Kurs der DKP-Führung langfristig nicht aufgehalten oder rückgängig gemacht werden kann. Das heißt nicht, dass wir der Ansicht sind, die Kämpfe gegen diese Entwicklung seien überflüssig und dass es sich nicht lohnt; für einzelne Erfolge in dieser Sache zu streiten. Wir sagen nur: Das alleine reicht nicht aus!

Die Kommunistische Initiative steht in keiner Weise im Widerspruch zur politischen Arbeit in der DKP – ganz im Gegenteil: Sie kann diese stärken und unterstützen.

Andreas Wand

Geraer Manifest

Am 11. Juli 2009 bildete sich die erste KI-Regionalgruppe, die über eine lokale Struktur hinausgeht. Auf Einladung eines Koordinators trafen Kommunisten aus dem Umkreis von offen-siv, der DKP, KPD, KPD(B) und Parteilose zusammen. Mit überwältigender Mehrheit wurde nach kurzer, intensiver Diskussion der Regionalverband „KI-Gruppe Südost“ gegründet, der als Dach lokaler Gruppen fungiert und das folgende „Geraer Manifest“ verabschiedet: Aus der geschundenen Textilarbeiterregion Gera/Greiz rufen Kommunisten der KI alle Kommunisten in Deutschland auf: Entscheidet Euch in den zentralen Fragen dieser Zeit! Entscheidet Euch zu konsequenter Verbundenheit mit der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, den Marxismus/Leninismus und dazu, die DDR als höchste Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung bedingungslos anzuerkennen – wie die UdSSR für das Weltproletariat – und dazu, den modernen Revisionismus als Ursache für den Sieg der Konterrevolution zu sehen. Seid bereit, die Einheit der kommunistischen Bewegung in Deutschland mit dem Ziel der Schaffung einer einheitlichen kommunistischen Partei Deutschlands voranzutreiben.

Dazu sind Parteigrenzen, individuelle Vorbehalte und persönliche Animositäten zu überwinden. Jeden Kommu-

nisten, der sich unter diesen Voraussetzungen anschließt, erwarten die Mühen der Gebirge. Beginnen wir! Unsere Aufgabe ist es, Bildungsstrukturen zu schaffen, um das Un- und Halbwissen in den Köpfen zu beseitigen. Nur Wissen ist Macht. Wir haben einen starken Gegner – den Klassenfeind, der zu allem entschlossen, seinen Profit ins Maßlose zu steigern sucht und daher den Kommunismus als seinen ärgsten Gegner bekämpft – selbst auf die Gefahr des eigenen Unterganges. Um die Welt zu verändern, müssen wir die Welt kennen und verstehen. Schaffen wir uns also ein wissenschaftliches Programm für eine einheitliche kommunistische Partei – nutzen wir dabei bestehende Programme und Analysen. Im Marx'schen Sinne rufen wir aus Gera auf: Seit dem Sieg der Konterrevolution wurde diese nicht nur zur Genüge interpretiert, sondern deren Grundlage im modernen Revisionismus festgestellt. Jetzt kommt es darauf an, die Welt wieder zu verändern. Dazu braucht es eine einheitliche, starke kommunistische Partei Neuen Typs – auch in Deutschland – eine Partei, in der sich alle Kommunisten auf marxistisch-leninistischer Grundlage vereinen!

Gera, den 11. Juli 2009 - beschlossen von den Gründungsmitgliedern der KI-Regionalgruppe Südost

Aus den Regionen

In Berlin fand am 05. September ein weiteres Treffen der KI-Unterstützer bzw. -Interessenten statt. Die Stimmung war sehr gut und es waren auch neue Gesichter dabei.

Es wurde der Unvereinbarkeitsbeschluss des Parteivorstandes der DKP vom 11./12. Juli diskutiert, die Genossen waren sich einig darüber, dass die Erklärung des VOK (Kämpfen wir gemeinsam für die Einheit der Kommunisten!) richtig ist.

Unterstützt wurde das Vorhaben, das Wahlpapier der DKP-Berlin (siehe: www.dkp-berlin.info/images/stories/2009/wahlprogramm2009.pdf) auf der Internetseite zur Information zu veröffentlichen.

Zukünftig sollen Veranstaltungen (z.B. DKP) in Berlin und Umland von unseren Genossen nach Möglichkeit besucht werden, um dort aktiv für die KI zu werben und sie bekannter zu machen. Zudem wurden Festlegungen für die Info-Arbeit vor Ort getroffen. In Zukunft werden sich die Berliner an der Herstellung des Bulletins und anderer Drucksachen aktiv beteiligen.

Eine weitere Veranstaltung ist für Ende Oktober 2009 geplant.

Die KI Südost traf zum ersten Arbeitstreffen am 12. September in Gera zusammen.

Die Teilnehmer besprachen den aktuellen Stand der Vorbereitung der KI und verständigten sich über die nächsten Aufgaben, wobei der Bildung im Rahmen eines marxistisch-leninistischen Grundlagen-Studienganges besonderes Augenmerk gewidmet werden soll. Dieses Angebot für die Region und darüber hinaus greift die bewährte offenesiv-Konzeption auf. Die KI-Südost legte dafür die Verantwortlichkeiten fest.

Beschlossen wurde, nach Möglichkeit gemeinsam an der offenesiv-Konferenz am 10./11. Oktober teilzunehmen.

Eine rege Diskussion gab es zu den „Wahlprüfsteinen“ der KI und der Frage der Wahlteilnahme. Es wurde begonnen, mögliche Auswirkungen des Wahlverhaltens zu analysieren, wobei noch zu wenig das politische Gewicht einer Wahlempfehlung der KI berücksichtigt werden konnte.

Alle Genossinnen und Genossen werden die Zeit bis zum nächsten Treffen am 14. November 2009 intensiv zur weiteren Bekanntmachung der KI und zur Gewinnung weiterer Mitstreiter nutzen.

Der Abriss der Thälmanngedenkstätte in Ziegenhals muss verhindert werden!

Erklärung von Menschenrechts- und Friedenspreisträgern der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. GBM und des Freundeskreises „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e.V.

Noch im 70. Jahr des Beginns des Zweiten Weltkrieges mit dem deutschen Überfall auf Polen soll die bedeutende antifaschistische Gedenkstätte in Ziegenhals, die an die illegale Tagung des ZK der KPD und an den Widerstand gegen Hitler in Deutschland erinnert, abgerissen werden. Die Bagger stehen bereit. Der Abriss muss verhindert werden.

Diese Gedenkstätte ist kein bloßer regionaler Ort des Erinnerns in idyllischer Lage am Krossinsee nahe Berlin. Sie ist auch kein bloßes Ehrenmal für einen, wenn auch bedeutenden, Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, für einen antifaschistischen Reichstagsabgeordneten, für dessen Freilassung aus Kerker und KZ sich bis zu seiner Ermordung Antifaschisten aus aller Welt einsetzten. Er hatte gemahnt, „Wer Hitler wählt, wählt Krieg“. Er hatte an diesem authentischen Ort unmittelbar nach der Machtergreifung des Faschismus auch in Anerkennung eigener Mängel zur antifaschistischen Einheitsfront aufgerufen, zur Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes und Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur, zum Kampf gegen den wüsten faschistischen Terror und zum Sturz der Hitlerregierung. Er hat sich gegen die Militarisierung des Landes und der Jugend gewendet, um einen neuen imperialistischen Weltkrieg zu verhindern.

Den Erhalt der Gedenkstätte zu sichern ist die Bundesrepublik Deutschland, ist die deutsche Regierung der internationalen Öffentlichkeit schuldig, die nach dem 2. Weltkrieg mit Recht erwarten durfte, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht. Das Wort ist gebrochen worden. Siehe Jugoslawien oder Afghanistan.

Wie kann sich eine Regierung Deutschlands, das den 2. Weltkrieg begann und in dessen regionalen und kommunalen Parlamenten heute auch Vertreter der Neonazis sitzen, in dem sich rechtsradikale Umzüge und Straftaten mehren und in dem der Antikommunismus grassiert, so geschichts-

widrig und verantwortungslos verhalten? Wir fordern, dass die Bundesrepublik ihrer Verantwortung gerecht wird, das Denkmal vor dem geplanten Geschichtsvandalismus zu bewahren.

Wir fordern, dass gewährleistet wird, dass der zu einem nur durch die Denkmalschutzauflagen erklärbaren Schleuderpreis in den Besitz der Immobilie gekommene Brandenburgische Ministerialrat der Verpflichtung gerecht wird, die er mit dem Kauf einging, „eine öffentliche Nutzung ...weiterhin zu gewährleisten“. Er darf – wie das Berliner Kammergericht Berlin ihm vorhielt – nicht seine Eigeninteressen über den Erhalt der Gedenkstätte stellen.

Als Menschenrechts- und Friedenspreisträger der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. GBM fordern wir, auch dem Beitrag Thälmanns und der Kommunisten im antifaschistischen Kampf eine ehrende Erinnerung zu bewahren und ihren hervorgehobenen Wirkungsstätten den Status nationaler Gedenkstätten zu bewahren.

Wir fordern den Erhalt und die Wiedereröffnung der Gedenkstätte in Ziegenhals an historisch authentischem Ort.

Bisherige Unterschriften: Pfarrer i. R. Dr. Dieter Frielinghaus (Brüssow), Professor Dr. Velko Valkanov (Völkerrechtler, Sofia), Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolff (Berlin), Käthe Reichel (Schauspieler, Buckow), Professor Hermann Klenner, (Rechtswissenschaftler, Berlin), Vil N. Romaschtschenko für die Ukrainische Sektion des Europäischen Friedensforums

Unterstützt die Erklärung von Menschenrechts- und Friedenspreisträgern der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. GBM und des Freundeskreises „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e.V. in Ziegenhals und schließt Euch Ihrem Protest an!

<http://www.okv-ev.de/zustimmg.htm>

<http://www.okv-ev.de/Dokumente/uebrige%20Vereine/Aufruf%20und%20Liste.pdf>

Polizei stoppt Wahlkampf der DKP

19. September 2009. Die Berliner Polizei hat am Sonnabend den Bundestagswahlkampf der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) massiv behindert und droht Aktivisten nun sogar mit strafrechtlicher Verfolgung. Ein Lautsprecherwagen der Partei, die nur in Berlin mit einer Landesliste zur Bundestagswahl kandidiert, wurde von der Polizei gestoppt und die Weiterfahrt verboten.

Die DKP hatte sich vor Beginn des Einsatzes eigens beim Ordnungsamt erkundigt, ob es für diese Art der Wahlwerbung, die auch von anderen Parteien unbeanstandet durchgeführt wird, Auflagen gibt. Das wurde von den dortigen Beamten ausdrücklich verneint. Die Polizisten behaupteten nun jedoch, der Einsatz des Lautsprecherwagens stelle u.a. einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz dar.

Der Spitzenkandidat der Berliner DKP, Rainer Perschewski, kritisiert das Vorgehen der Polizei: „Es ist auffällig, dass die Berliner Regierungspartei ‚Die Linke‘ seit Wochen ungehindert mit Lautsprecherwagen ihre Runde durch Berlin zieht, unsere Aktion aber sofort gestoppt wird. Nach einer Reihe von Bußgeldbescheiden nun dieser Übergriff. Für mich riecht das nach einer gezielten Behinderung unserer Kampagne.“ Er fordert eine sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die Fahrer des Wagens und eine Entschuldigung von der Polizei.

Perschewski erinnert auch an die Übergriffe der Polizei am Rande der Demonstration „Freiheit statt Angst“ nur eine Woche zuvor, die durch im Internet verbreitete Videoaufnahmen für Aufsehen gesorgt hatten. „Die Berliner Polizei steht derzeit ohnehin unter bundesweiter Beobachtung. Trotzdem gehen die Beamten weiterhin gegen Aktionen fortschrittlicher Bewegungen vor. Ich frage mich, ob der Berliner Senat seine Beamten eigentlich noch im Griff hat, oder ob ihm

dieses undemokratische Verhalten der Polizei vielleicht sogar gelegen kommt.“

Quelle: http://www.dkp-berlin.info/index.php?option=com_content&view=article&id=141:polizei-stoppt-wahlkampf-der-dkp&catid=3&Itemid=3

Solidaritätsadresse an die Genossen der DKP-Berlin

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das Vorgehen der Polizei gegen Euch im Zusammenhang mit Eurem Wahlkampf bestätigt klar deren Funktion als Klasseninstrument und erinnert frappierend an jenes deutscher Beamter der dreißiger Jahre gegen die KPD. Nehmt unsere Solidarität entgegen und sagt uns bitte, wie wir Euch unterstützen können! Der Unterschied zu damals tritt zugleich deutlich hervor: Während die KPD eine starke Massenpartei war, genügt der Bourgeoisie heute bisweilen ein Übergriff gegen DKP oder eine andere Klassenorganisation; wie etwa auch die Fälschung beim Fernsehkommentar von Genossin Wegner.

Eine starke einheitliche kommunistische Kraft muss und kann aus unserer Sicht ganz andere Möglichkeiten entwickeln, sich zu wehren, Widerstand im Volk zu führen, gegen den man mit einer Streifenbesatzung nicht mehr ankommen kann...

Liebe Genossinnen und Genossen, seid sicher, dass wir weiter an Eurer Seite stehen!

Herzliche Grüße

Kommunistische Initiative

Vorläufiges Organisations-Komitee, Thomas Waldeck

Freiheit für Ahmad Sa'adat!

11. Juni 2009. Ahmad Sa'adat, der in Gefangenschaft geratene Generalsekretär der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), befindet sich nun seit zwei Wochen im Hungerstreik, um gegen die Isolations- und Einzelhaftpolitik gegen palästinensische Gefangene durch die israelischen Gefängnisleitungen zu protestieren.

Die Lage ist dringlich und erfordert unbedingte und breit gefächerte Solidarität sowie öffentliche Unterstützung für Ahmad Sa'adat und die palästinensischen Häftlinge in den Gefängnissen der Besatzer. Die palästinensischen Gefangenen müssen ständige Isolation und andauernde Verlegungen in weitere Gefängnisse über sich ergehen lassen, da man den inneren Widerstand, die Solidarität und die Standhaftigkeit der Gefangenen zu brechen versucht. Ihnen werden Besuche ihrer Familien verweigert und insbesondere die Wortführer der Gefangenen werden dauerhaft isoliert. Der sprunghafte Anstieg der Verletzung der in jahrelangen, harten Auseinandersetzungen erkämpften Rechte der Gefangenen durch die israelischen Verantwortlichen begann direkt nach den Kriegsverbrechen und dem Angriff auf den Gaza-Streifen und setzt sich seitdem fort.

Die Isolationshaft von Ahmad Sa'adat, die seit März anhält, wurde kürzlich verlängert. In der zweiten Woche seines Hungerstreiks riskiert er seine Gesundheit um Aufmerksamkeit auf die Leiden der palästinensischen Gefangenen zu lenken, und die Versuche der Gefängnisleitungen, die palästinensischen Gefangenen, die sich standhaft dem Kampf um ein freies Palästina verschrieben haben, mittels Folter, Unmenschlichkeit und Misshandlung zu brechen, zu stoppen. Jetzt sind gemeinsame palästinensische, arabische und internationale Aktionen zur

Unterstützung derjenigen Gefangenen notwendig, die tagtäglich hinter Gittern und an vorderster Front für die Befreiung Palästinas kämpfen.

Die Kampagne für Freiheit für Ahmad Sa'adat ruft Parteien, Gruppierungen und Organisationen in aller Welt dazu auf, Briefe zu schreiben und Stellungnahmen zu veröffentlichen. Es ist unbedingt notwendig, dass sich viele gemeinsame und laute Stimmen solidarisch für Ahmad Sa'adat zu Wort melden!

Schreitet in Euren Ländern oder Städten zur Tat. Kontaktiert Eure lokalen israelischen Botschaften (zu finden unter: www.mfa.gov.il/MFA/About+the+Ministry/Diplomatic+missions/Web+Sites+of+Israeli+Missions+Abroad.htm) und erklärt, dass Ihr mit der Isolationspolitik nicht einverstanden seid.

Kontaktiert auch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (ICRC), denn dieses ist dafür verantwortlich, die palästinensischen Gefangenen regelmäßig zu besuchen und ihre Behandlung zu überwachen. Ruft das ICRC dazu auf, sein Schweigen über die Situation der palästinensischen Gefangenen zu brechen und Maßnahmen zur Einhaltung der Rechte der Gefangenen zu ergreifen. Kontaktiert das Büro des ICRC in Jerusalem unter jerusalem@icrc.org.

Bitte schickt Eure Statements und Briefe an info@freeahmad-saadat.org. Die Kampagne für Freiheit für Ahmad Sa'adat wird diese Dokumente veröffentlichen und weiterleiten. Schreitet zur Tat für die Freiheit von Ahmad Sa'adat und für die Freiheit aller anderen palästinensischen Gefangenen!

www.freeahmadsaadat.org – info@freeahmadsaadat.org

Molotows Enkel zum Nichtangriffsvertrag: „Er hat nie bereut, ihn unterschrieben zu haben!“

MOSKAU, 21. August (RIA Novosti).

Eines der umstrittensten Dokumente der Geschichte Russlands – der Nichtangriffsvertrag zwischen der UdSSR und Deutschland – wurde vor 70 Jahren am 23. August 1939 unterzeichnet. Diesem lag ein geheimes Zusatzprotokoll bei, das im Falle einer „territorialen Umgestaltung“ die sowjetische Einflusssphäre in Osteuropa von der deutschen abgrenzte. Trotz des unterzeichneten Vertrags überfielen die deutschen Truppen am 22. Juni 1941 die Sowjetunion. Darüber, ob der Pakt notwendig war oder eine Alternative zu ihm hätte gefunden werden können, ob er den Krieg aufschob, wovon sich die Sowjetmacht leiten ließ und wie der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow den Pakt beurteilte, sprach RIA-Novosti-Korrespondentin Maria Frolowa mit Molotows Enkel, dem Politologen und Exekutivdirektor der Stiftung „Russki Mir“, Wjatscheslaw Nikonow.

RIA Novosti: War der Pakt ein Schachzug, um mehr Zeit für die Vorbereitung zu einem Krieg zu gewinnen, oder ein geäußertes Wunsch des „Dritten Reiches“ und der Sowjetunion, die Interessenssphären voneinander abzugrenzen? – Nikonow: Das eine hängt mit dem anderen zusammen. Für die sowjetische Führung war die Fragestellung Ende August recht einfach. Deutschland werde einen Krieg mit Polen beginnen – das wurde beinahe offiziell bekannt gegeben. Die Hauptfrage sei, wo sie eigentlich Halt machen wollten. Wenn in Warschau – würden sie dann gegen Minsk oder gegen Moskau vorrücken? Unter diesen Bedingungen bedeutete die Abgrenzung der Interessenzonen die Festlegung der Linie, an der die deutschen Truppen haltmachen würden. Das war für die Sowjetunion also eine Frage über Tod oder Leben. Worum handelte es sich, um den Wunsch, Zeit zu gewinnen, oder um die Absicht, die Interessen gegeneinander abzugrenzen? All das hing aufs Engste miteinander zusammen.

RIA Novosti: Gab es eine Alternative zum Pakt? Hat seine Unterzeichnung den Krieg gegen Hitler-Deutschland schneller näher gebracht oder aufgeschoben? – Nikonow: Theoretisch gab es natürlich eine Alternative zum Pakt. Die sowjetische Führung schlug eine solche Alternative zumindest seit April 1939 vor: nämlich die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage von Abkommen zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich. Die Abkommen hätten Sicherheitsgarantien für Polen und Rumänien vorgesehen. Die Schaffung eines solchen Systems hätte im Prinzip die Chancen auf die Entfesselung des Kriegs Deutschlands gegen Polen stark abbremmen können. Leider wurde diese Alternative nicht realisiert. Es gab diese Versuche, aber sie führten ins nichts. Vor allem deshalb, weil Frankreich und Großbritannien nicht bereit waren, gewisse Verpflichtungen zu übernehmen. Zweitens deshalb, weil Polen und Rumänien keine Sicherheitsgarantien von der Sowjetunion wollten. Theoretisch gab es also diese Alternative, doch konnte sie in der Praxis nicht Wirklichkeit werden.

Da der Krieg zudem schon rasend schnell über Polen zog, stellte sich die Frage nach der konkreten Erzielung einer Vereinbarung. Leider hatten die militärischen Delegationen aus Frankreich und England, die im August in Moskau tätig waren, keine Befugnisse, um irgendwelche Abkommen zu unterzeichnen. Deshalb war die Wahl hier nicht besonders groß. Deshalb konnte man unter diesen Bedingungen, als die Verhandlungen mit Frankreich und England nicht richtig

vorankommen wollten, von keiner Alternative sprechen. Eigentlich gab es keine.

Was den Zeitpunkt des Überfalls Deutschlands auf Polen betraf, so war der Pakt in dem Fall neutral. Der Zeitpunkt war lange vor dem Pakt festgelegt worden, und Hitler hätte ohnehin Polen mit oder ohne ihn überfallen. Für Hitler gab es keinen besonderen Unterschied, wenn man bedenkt, dass er Chancen und vielleicht die Absicht hatte, schon damals auch einen Krieg gegen die Sowjetunion zu beginnen.

RIA Novosti: War der Überfall der Deutschen für die sowjetische Führung wirklich eine Überraschung? – Nikonow: Der Überfall wurde jeden Tag erwartet. Dass dies nicht am 21., sondern am 22. Juni 1941 geschah, war keine sonderlich große Überraschung.

RIA Novosti: Das heißt, dass der Krieg trotz der Unterzeichnung des Paktes erwartet wurde? – Nikonow: Unbedingt. Die Führung war sich hundertprozentig sicher, dass der Krieg kommen wird. 1939 konnte er noch aufgeschoben werden. Mein Großvater sagte zu mir: Nach der Ansicht seiner Kollegen in etwa um ein Jahr. Dann gelang noch ein gewisser Aufschub. Natürlich bestand auch noch am 21. Juni die Hoffnung auf einen abermaligen Aufschub.

RIA Novosti: Besteht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen dem Pakt und der Münchner Abmachung? – Nikonow: Die Münchner Abmachung sah keinerlei Interessensgebiete vor. In München wurden keine Nichtangriffspakte unterzeichnet. In München trafen sich die Regierungschefs der westlichen Staaten mit Deutschland, gesprochen wurde über die deutschen Gebietsansprüche an die Tschechoslowakei. In München wurden die Gebietsansprüche Deutschlands für begründet erklärt. Das heißt, dass ein Teil der Tschechoslowakei den Deutschen übergeben wurde. Daraufhin wurde schon bei der faktischen Annexion Tschechiens ein Auge zugedrückt. Das sind einfach unterschiedliche Ereignisse. Aber natürlich ermutigten die westlichen Staaten den Aggressor bereits seit vielen Jahren, und das bezog sich nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf Italien.

RIA Novosti: Sprach Molotow über seine Eindrücke vom Treffen mit der deutschen Delegation? – Nikonow: Doch. Das seien ernsthafte Menschen, sagte er. Weil er aber nahezu täglich mit Außenministern und Staatschefs zusammenkam, bisweilen mehrmals am Tag, denke ich nicht, dass sie irgendeinen unvergesslichen Eindruck auf ihn machten. Obwohl es natürlich ein wichtiges Ereignis war.

RIA Novosti: Was war der Pakt für Molotow selbst? Wie beurteilte er ihn? – Nikonow: Er beurteilte ihn positiv. Er war der Meinung, dass der Pakt uns ermöglichte, uns auf den Krieg vorzubereiten und letztendlich den Sieg zu erringen. Er bereute nie, ihn unterzeichnet zu haben.

RIA Novosti: Gab es unter Deutschlands Abkommen mit anderen Staaten Analogien zum Pakt? – Nikonow: Deutschland hatte auch mit anderen Staaten Nichtangriffsverträge, darunter mit dem bereits erwähnten Polen. Allerdings wurde dieser Vertrag im April 1939 aufgekündigt. Aber Nichtangriffspakte wurden unter den Staaten natürlich geschlossen.

RIA Novosti: Der Pakt ist eines der Hauptargumente für jene, die die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges revidieren wollen. Was sollte Russland tun, um sich den Versuchen der Gleichsetzung von Nazismus und Kommunismus zu widersetzen? – Nikonow: Versuche, den Faschismus und den Kommunismus gleichzusetzen, bedeuten eine bestimmte ideologische Position. Da lässt sich wohl kaum etwas tun.

Antworten auf diese Fragen gab seinerzeit der Nürnberger Prozess, bei dem eigentlich die Schuld der Seiten bestimmt wurde. Die Leute, die am Faschismus Gefallen finden – tjä, was kann man ihnen groß empfehlen? Nichts. Wenn jemand gewisse historische Fakten zu politischen Zwecken ausnutzen will, ist es unmöglich, dies diesen Leuten zu verbieten, sie werden das Ihre auch weiter tun.

RIA Novosti: Was könnte eine Revision der Geschichte für Russland mit sich bringen? – Nikonow: Für Russland nichts, wie ich hoffe. Man möchte, dass dies für die ganze Menschheit nicht in die Rehabilitierung des Faschismus umschlage, die in einigen vielen bekannten Ländern ziemlich rege vor sich geht. Es gibt gewisse Länder, in denen dieser Prozess im Gange ist und die dabei eine ziemlich

ernsthafte Unterstützung bekommen, darunter auf der Ebene europäischer Strukturen. Auf jeden Fall stand die Europäische Union, als der Bronzesoldat in Tallinn abgebaut wurde, ganz auf Seiten Estlands und nicht Russlands. Bei jedem Konflikt Russlands mit einem Nachbarn wird die Europäische Union auf Seiten des Nachbarstaats stehen, was dieser auch anstellen mag. Dies hat jetzt bereits einen Stand erreicht, bei dem sich ein Nachbar in der Rehabilitierung des Faschismus üben kann – trotzdem wird er dabei unterstützt werden.

Quelle: RIA Novosti – Analysen und Kommentare (21.08.2009)

KKE zum Charakter der Partei

**KP Griechenlands:
Über die Revolution und die revolutionäre Macht
– die Kommunistische Partei:
klassenspezifisch und internationalistisch**

Die Kommunistische Partei ist die Avantgarde der Arbeiterklasse, ihr fortschrittlichster Teil. Dies stellt die fundamentalste Charakteristik der „Partei Neuen Typs“ dar, die, nach der Gründung früherer Arbeiterorganisationen inklusive der Internationalen, 1903 im zaristischen Russland gegründet wurde. Die Entstehung der Kommunistischen Partei war kein ausschließlich russisches Phänomen. Sie war das Produkt der sozioökonomischen Entwicklung des Kapitalismus, geboren aus der Notwendigkeit heraus, dass die Arbeiterklasse ihre eigene Klassenpartei braucht. Diese Notwendigkeit wurde in den theoretischen Formulierungen von Marx und Engels vorausgesehen. Die Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus analysierten auf wissenschaftliche Art und Weise die historischen Gesetze und Grenzen des Kapitalismus, zeigten die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und bestimmten grundsätzlich die Rolle der Arbeiterklasse in diesem Prozess.

Die Identität der Kommunistischen Partei als dem bewussten Teil der Arbeiterklasse schließt ihre Fähigkeit nicht aus, sondern qualifiziert sie ganz besonders dazu, gleichzeitig die Interessen aller arbeitenden Menschen auszudrücken und Bündnisse zu schließen. Alle Mitglieder der kommunistischen Parteien kämpfen für den Sozialismus, sind begeistert von der wissenschaftlichen Theorie des Sozialismus und verteidigen sie. Die organisatorischen Grundregeln, welche die Entstehung und die Tätigkeit der Partei führen, die Art und Weise und der Ort, wo sie ihre Parteiorganisationen aufbaut, die Kriterien, wie sie ihre Klassenzusammensetzung regeln, werden durch die Klasseninteressen bestimmt, die sie ausdrückt.

Bourgeoisideologie und -propaganda konzentrierten und konzentrieren ihre Angriffe auf den Charakter der Kommunistischen Partei, denn ihr bourgeois Klasseninstinkt stellt sich als extrem korrekt und präzise heraus. Ebenso verfahren die Opportunisten und Revisionisten beider Spielarten, sowohl von rechts, als auch von ‚links‘. Wenn wir die gesamte geschichtliche Periode der stürmischen Diskussionen über den Charakter der Partei und ihrer Prinzipien studieren, müssen wir anerkennen, dass die Kommunistischen Parteien aus dem kompromisslosen Kampf gegen den Opportunismus in der Sozialdemokratie entstanden sind. Ohne diesen Kampf wäre es unmöglich gewesen, eine ‚Partei neuen Typs‘ zu kreieren und zwar in genau dem Moment, in dem die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution heranreifte.

Auch heute konzentrieren die bourgeoisen Ideologen und die Opportunisten, direkt oder indirekt, in einem Hauptan-

griff oder auf Umwegen, ihre Angriffe auf den Charakter der Partei, indem sie die Existenz der Arbeiterklasse bzw. ihre Fähigkeit zu revolutionärem Handeln grundsätzlich in Frage stellen.

Das falsche Argument, dass Marx die Arbeiterklasse als jene identifizierte, die Handarbeit verrichten und wenig Bildung haben, wird ständig wiederholt. Damit sagt dieses ‚Argument‘ aus, dass die Arbeiterklasse nur aus dem Industrieproletariat besteht oder dass die Identität der Arbeiterklasse durch die Höhe ihres Einkommens, den Grad ihrer Verelendung und sozialer Ausgrenzung bestimmt wird. Sie haben großes Interesse daran, die objektiven Kriterien, die die Arbeiterklasse und ihre historische Rolle im Verhältnis zum Besitz und zur Produktion, zum Gebrauch der Arbeitskraft als Ware und zur Produktion des Mehrwerts und seiner Realisierung definieren, zu verspotten. Sie unterstützen die irrationale Theorie, heute viel stärker als in der Vergangenheit, dass der Klassenstandpunkt durch das bestimmt ist, woran eine Person, auf der Ebene politischer Besinnung und Verhalten, glaubt.

Unzählige Male haben wir gehört und gelesen, dass heute keine Arbeiterklasse mehr existiere, dass keine Arbeiterbewegung existiere, die die Macht übernehmen könne, weil die arbeitende Klasse nicht für den Sozialismus, sondern für Luxusgüter wie ein zweites Auto oder zweites Haus kämpft. Die „Theorie“ einer rein konsumorientierten Arbeiterklasse ist für die Bourgeoisie und ihr System und für Opportunisten aller Bandbreiten äußerst vorteilhaft und das deswegen, weil sie dazu verwendet werden kann, den Kampf der Arbeiterklasse auf einem möglichst niedrigem politischen Niveau der reinen Umverteilung zu halten und auf eine bloße Verbesserung der Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft zu begrenzen.

Die Partei studiert und verfolgt gemeinsam die Entwicklung der Klassenzusammensetzung der Gesellschaft unter Benutzung objektiver Daten und auf der Basis der vereinigten leninistischen Kriterien der Zugehörigkeit zu einer Klasse oder einer anderen. Sie verfolgt den Prozess, in der andere Bevölkerungsschichten sich der Arbeiterklasse annähern. Den Charakter der Partei bestimmt ihre organisatorische Politik, die Prinzipien des Parteaufbaus, die Verteilung ihrer Kräfte und Kader. Der 16. und der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Griechenlands hatten ihren Hauptpunkt auf die Konzentration ihrer Kräfte an der Hauptfront des Kampfes, also der Arbeiterbewegung, betont. Es gab konstruktive Kritik aus diesen Parteiorganen, weil unsere Schritte nach vorn nicht ausreichend waren und das heute nötige Spektrum nicht abdeckten. Die objektiven Schwierigkeiten, die neuen Probleme können kein Alibi dafür sein. Dieses Thema wird das Niveau unserer Orientierung bestimmen. Wir sollten beurteilt werden danach, wie gut wir

unser Wort in die Taten umsetzen und wie gut sie mit der historischen Rolle der Arbeiterklasse übereinstimmen. Wir beweisen, dass wir fähig sind, unsere organisatorischen Maßnahmen in Einklang mit unserer Position zu entwickeln. Und: es kann kein stabiles Wachstum der sozialen Bewegungen ohne einen Aufschwung in der Arbeiterbewegung geben, ohne dass die Arbeiterbewegung die Initiative ergreift.

Von dem Moment an, als die marxistische Theorie in der Geschichte erschien und ihre Ideen unter der Arbeiterklasse mit der Gründung ihrer ersten politischen Parteien propagiert wurden, wurde der Internationalismus ein fundamentaler Grundsatz der Arbeiterbewegung. Das stammt aus der Erkenntnis, dass es im Interesse der Arbeiterklasse aller Länder liegt, ihre Bourgeoisie zu stürzen. Der Satz ‚Proletarier aller Länder vereinigt euch‘, der von Marx und Engels entwickelt wurde, ist auch heute noch zeitgemäß und unsterblich. In der heutigen Zeit, in der die kapitalistische Internationalisierung überragende Formen im Bereich der Ökonomie angenommen hat und es internationale und regionale zwischenstaatliche Allianzen gibt, bekommt dieser Satz eine noch größere Bedeutung.

Seine rückhaltlose Annahme und Anwendung durch die kommunistische Partei ist ein untrennbarer Grundbaustein ihrer Identität. Der Internationalismus der Arbeiterklasse, also der proletarische Internationalismus, geht über die eigenständige Bedeutung jeder einzelnen kommunistischen Partei hinaus, denn erst er stellt sicher, dass sie in Einklang mit den anderen kommunistischen Parteien der Welt für die internationale Einheit der Arbeiterbewegung arbeitet. Er stellt eine wesentliche Vorgabe für die Entwicklung internationalistischer Aktionen für alle Volksfronten, für alle Allianzen aller Antiimperialisten dar.

Der Imperialismus bekämpft den proletarischen Internationalismus mit allen verfügbaren Mitteln. Er wäre dumm, wenn er es nicht täte. Das Hauptproblem heute ist aber nicht, was der Imperialismus macht, sondern wie der Zustand und die Perspektiven der kommunistischen Bewegung sind. Die Unterschätzung, die Negierung und, was noch gravierender ist, die Ablehnung internationalistischer Aktionen der Arbeiterklasse stellen heute eine der offenkundigsten Symptome der fehlenden ideologischen Einheit der kommunistischen Bewegung dar und sind Symptom ihrer Krise. Wenn wir uns diesem Problem nicht stellen, könne wir der fortschreitenden Krise nicht begegnen. Was muss also getan werden?

Unsere Partei hat ihre aktuelle Position zur Notwendigkeit der Koordination und der Aktion im antiimperialistischen und antimonopolistischen Kampf, zur Förderung der Bündnispolitik, formuliert. Es ist ersichtlich, dass dies nicht ausreicht. Die kommunistische Bewegung soll nicht nur die sichtbaren, skandalösen Folgen imperialistischer Politik behandeln, die allgemein als unmittelbare ‚große Probleme‘ – Themen wie Armut, Arbeitslosigkeit, Krieg, Staatsterror etc. – dargestellt werden. Die kommunistische Bewegung muss diese sichtbaren Mißstände auf ihre systembedingten Ursachen zurückführen, handelt es sich doch um nichts weiter als um offene Erscheinungsformen der imperialistischen Strategie. Die kapitalistische Umstrukturierungspolitik ist nichts weiter als eine Fortführung der bekannten Politik reaktionärer Kräfte, die eine innere Unvermeidlichkeit des kapitalistischen Systems darstellt.

Der Kampf um antiimperialistische und antimonopolistische Ziele kann natürlich dafür hilfreich sein, die Wechselbeziehungen der Kräfte zu verändern, also ein antikapitalistisches Bewusstsein zu fördern. Dabei muss aber eine internationale Stufenleiter erreicht werden, muss ein breites Spektrum an Volksfronten, Bewegungen und politischen Kräften mit ähnlichen Perspektiven und Orientierungen zusammengeführt werden. Unter bestimmten Bedingungen kann dieser

Kampf am Übergang zum Sozialismus mitwirken. Das ist ein Thema, das die Kommunistischen Parteien heute und nicht in weiter Zukunft angehen müssen, unabhängig davon, in welchem Land oder Ländern er zuerst fällig ist: die Rechtzeitigkeit der sozialistischen Revolution in den Vordergrund zu stellen.

Von wesentlicher Wichtigkeit für die kommunistische Bewegung ist die Analyse der Ursache für den Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Staaten, eine Analyse, die dafür unverzichtbar ist, sich die wichtigsten Lehren aus der Geschichte zu vergegenwärtigen und die dabei helfen kann, die kommunistische Bewegung weiter zu entwickeln. Dieses Thema steht in engem Zusammenhang mit den Erfahrungen, die aus den aktuellen Bestrebungen, den Sozialismus heute aufzubauen, zu gewinnen sind. Diese Fragen können nicht durch regionale und internationale Treffen, die sich selbst mit spezifischen Aspekten befassen, die nur mäßiges Interesse haben, oder, sogar noch mehr, durch Massenmobilisierungen, Treffen, Konferenzen etc. breiterer Kräfte, nach dem Prinzip ‚alle zu vereinen‘ beantwortet werden. Sie müssen das Objekt eines systematischen, multidimensionalen Studiums und ebensolcher Diskussion innerhalb der kommunistischen Parteien sein, die ähnliche Gedanken in dieser Richtung haben.

Eine Reihe kommunistischer Parteien vertreten die Meinung, dass es unter den jetzigen Bedingungen einer systematischen Zusammenarbeit der Kommunistischen Parteien nicht bedarf. Stattdessen wird der einfache Austausch an Meinungen und Erfahrungen und die Koordination vereinzelter gemeinsamer Aktionen zu einigen bestimmten Themen als ausreichend empfunden. Wir meinen, dass auch ein Erfahrungsaustausch richtig ist, dass dieser aber sekundär und unzureichend ist verglichen mit dem erstrangigen und fundamentalen Ziel: einer Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie gegen den Imperialismus und auf dem Weg zum Sozialismus.

Dieses Thema ist heute mehr von Nöten als je in der Vergangenheit.

Alle kapitalistischen Staaten, unabhängig von der Entwicklung ihrer Ökonomie, unabhängig des Vorkommens vorkapitalistischer Überbleibsel, unabhängig davon, ob sie an regionalen zwischenstaatlichen imperialistischen Unionen teilnehmen oder nicht, sind auf die eine oder andere Weise vom internationalen imperialistischen System erfasst. Der Imperialismus hat, trotz zwischenimperialistischer Widersprüche, eine gemeinsame Strategie.

Mit dem Ziel vor Augen, die Krise in der Kommunistischen Bewegung zu überwinden, müssen wir eine fundierte Kritik solcher Auffassungen und Praktiken entwickeln, die den Weg einer Umschichtung und Wiedergeburt unserer Bewegung schwächen. Eine Partei, die andere kritisiert, sollte selbst offen für Kritik durch andere Parteien sein. Es soll kein Monopol der Kritik geben.

Die kommunistische Partei Griechenlands beschäftigt sich mit offener und ehrlicher Kritik, innerhalb der Grenzen genossenschaftlicher Diskussionen, besonders, wenn diese provoziert wurden. Auf jeden Fall sind wir in unseren Kritiken sehr vorsichtig, um Munition für unseren Feind zu vermeiden. Aber wir formulieren scharfe Positionen gegenüber jenen kommunistischen Parteien und ihren Anhängern, die die Initiative zur Gründung der ‚Europäischen Linkspartei‘ in die Hand nahmen und werden dies auch weiter tun. Diese Gründung basierte auf den Direktiven der Europäischen Union bezüglich der programmatischen Richtlinien und organisatorischen Prinzipien der so genannten ‚Europäischen Parteien‘. Allerdings beschränkt sich das Problem nicht nur darauf. Jeden Tag wird es offensichtlicher, dass die Gründung der ‚Europäischen Linkspartei‘ nicht nur bestimmte ideologische Orientierungen ausdrückt und

den kapitalistischen Vereinheitlichungsprozess akzeptiert, sondern auch ein bestimmtes Ziel vorlegt: ein trennendes Hindernis, nicht nur für die Arbeiterbewegung, sondern für die antiimperialistische und antimonopolistische Bewegung überhaupt, aufzurichten.

Viel schlimmer noch, spielt sie eine interventionistische Rolle im Innern der kommunistischen Parteien, indem sie Druck ausübt mit der Anweisung, in die ELP einzutreten. Die Führung der ELP geht sogar so weit, von neu in ihre Reihen eintretenden Parteien eine Verdammung des so genannten Stalinismus zu verlangen, ein Begriff, der übrigens für alle Gruppen eine Verwendung findet, mit denen sie nicht einverstanden ist. Ihr konstantes Manöver ist, der Reihe nach neue Kräfte in ihrer Partei zusammenzufassen, die über Nacht ihre Positionen ändern mussten, um die Vorgabe zu erzielen, vom Europäischen Parlament anerkannt zu werden. Es ist kein Zufall, dass die Gründung der ELP eine Spaltung innerhalb jener Parteien verursacht hat, die eine führende Rolle spielten. Es herrscht keine einstimmige Übereinkunft innerhalb der Basis dieser Parteien. Dies ist natürlich eine interne Angelegenheit dieser Parteien, aber aus unserer Sicht können wir bei solchen Entscheidungen nicht ruhig bleiben, besonders, wenn diese Kräfte so tun, als seien sie gegen den Aufbau eines Führungszentrums und für die Eigenständigkeit der Parteien. Wir sollten das Kind beim Namen nennen. Sie sind nicht gegen ein Führungszentrum – dies wollen sie ja selbst sein – sondern sie sind gegen ein kommunistisches Führungszentrum.

Ein sehr interessantes Diskussionsthema ist, welche Einstellung Kommunisten zu Bewegungen und Strukturen, die international in Erscheinung treten, einnehmen sollen, wie z.B. zum ‚Sozialforum‘. Angefangen mit einer massiven militanten Mobilisierung in Seattle, fanden viele internationale Mobilisierungen gegen die Entscheidungen imperialistischer Unionen, Krieg, Armut und Arbeitslosigkeit in Europa, Lateinamerika und Südostasien statt. Von Anfang an war klar, dass diese Mobilisierungen ein Ausdruck der Unzufriedenheit und des Protestes waren. Der Massencharakter und die Orientierung dieser Kundgebungen waren durch die Beteiligung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und durch die Rolle der Gewerkschaftsbewegung bestimmt. Eine Anzahl unterschiedlicher Organisationen, die radikale Bewegungen ausdrückten, nahmen an diesen Kundgebungen ebenfalls teil. Das Ausmaß der Kundgebungen war nicht begrenzt, dennoch aber auf die oben genannten Kräfte beschränkt. Von Anfang an und sogar mit der Zeit verstärkt, tauchten nicht nur unterschiedliche, sondern auch entgegengesetzte, sogar reaktionäre, nationalistische und antikommunistische Tendenzen auf.

Wir begrüßten diese Kundgebungen ungeachtet ihrer vagen Orientierung, wir unterstrichen die Differenzen zu den unterschiedlichen Strömungen, die dort präsent waren. Wir sahen den Kampf zwischen den verschiedenen Strömungen als einen harten an und das Ergebnis wäre entweder eine radikale, antiimperialistische, antimonopolistische Bewegung, die entstehen könnte, oder versöhnlerische Kräfte würden die Oberhand gewinnen und würden die aufsteigende Bewegung rückgängig machen.

Das ist der Grund, weshalb wir mit den verschiedenen, oft spontanen Vorschlägen, diese vielfarbige Bewegung zu einer vereinten Struktur, zu einem Führungszentrum zusammenzuführen, nicht beistimmen. Wie es in solchen Fällen oft passiert, nehmen nicht nur unerfahrene Volksfronten, solche, die die politische Konsequenz ihres Handelns noch nicht verifiziert haben, daran teil. Seit der ersten Bewegung, als diese einen bestimmten Grad der Beachtung durch die Arbeiterklasse erfahren hat, nehmen sozialdemokratische Kräfte, aber auch Regierungsorganisationen, Opportunisten und antikommunistische Kräfte teil, die absichtlich in diese

Bewegung eindringen, mit dem geplanten Ziel, diese vage Bewegung nach ihren eigenen Interessen zu führen und umzuformen. Ihre Abneigung gegenüber der Arbeiterbewegung und Kommunistischen Parteien wurde sofort offensichtlich. Sie wollten, dass die arbeitenden Menschen innerhalb der Zielvorgabe kämpfen, die sie bestimmen.

Wir nahmen an vielen Kundgebungen, unterschiedlichen Solidaritätsereignissen und an unterschiedlichen Treffen, die von kommunistischen Parteien organisiert wurden, teil, wir unterstützen so gut und so oft wir konnten radikale Kräfte. Aber wir weigerten uns von Anfang an in solchen Strukturen wie dem ‚Sozialforum‘ teilzunehmen, nicht, weil dort unterschiedliche Kräfte teilnahmen, sondern weil es Versuche gab, die Bewegung zu assimilieren und die Aktivitäten der ‚Forumbewegung‘ schon früh kanalisierte. Es gibt hierzu eine ganze Reihe an Beweisen, die wir detailliert in unseren Parteizeitungen und theoretischen Organen veröffentlicht haben. An der Spitze der ‚Sozialforumbewegung‘ wurden intensive Kämpfe um die Kontrolle ausgefochten. Es ist offensichtlich, dass verschiedene Regierungen mächtiger kapitalistischer Staaten eifrig unterschiedliche Bewegungen als Unterstützung ihres eigenen Wettbewerbs mit den USA oder anderen imperialistischen Zentren ausnutzen.

Aus diesen Bewegungen, die sich selbst durch die systematische Politik der Assimilation und Kontrolle in ihren eigenen Schranken eingegrenzt haben, kann eine besondere Erfahrung gewonnen werden. Verschiedene kommunistische Parteien glauben, dass eine Teilnahme an diesen Bewegungen ein wichtiges Unterfangen sein kann und dass man diese von Innen in eine positive Richtung lenken könne. Unsere Erfahrungen, besonders in Europa, zeigen genau das Gegenteil. Natürlich können wir nur über diese bestimmte Situation sprechen. Eine Einflussnahme von Innen kann in manchen Bewegung von Vorteil sein, dann ist eine Teilnahme hilfreich. Fakt ist, dass es durchaus positive Erfahrungen in dieser Richtung aus der Vergangenheit gibt. In diesem Fall, also bei den ‚Sozialforen‘, wurde die Teilnahme aber zu einer Stärkung jener Führungskräfte, die darauf abzielten, solche kommunistische Aktivitäten zu kanalisieren und zu assimilieren. Viel mehr noch, wenn diese politischen Kräfte von verschiedenen Regierungen unterstützt werden, ist es augenscheinlich, dass diese sich nicht wünschen, eine Bewegung zu entwickeln, die sich gegen imperialistische Interessen richtet. Beurteilt man die Zusammensetzung des ‚Griechischen Sozialforums‘, so glauben wir, haben wir das Recht zu sagen, dass solche eine Bewegung von dem Moment an, in dem politische Kräfte und Gewerkschaftsführungen, die über Jahre hinweg den Weg für kapitalistische Restrukturierungspolitik öffneten und förderten, die Bewegung bestimmten, keinerlei Autorität haben kann. Wir können davon ausgehen, dass wir es mit Kräften zu tun haben, die internationalistische Handlungen mit vagen und fragwürdigen Parolen ausnutzen, um einen Profit im Innern ihrer Länder haben zu können.

Es gibt unterschiedliche Bewegungen und sie entwickeln sich in vielen Ländern. Neue Organisationen und Initiativen tauchen auf, Klassenkämpfe werden ausgetragen, Solidaritätskundgebungen finden statt. Die Hauptsache ist, zukunftsunfähige Entscheidungen zu vermeiden, die ein Hindernis für die Dynamik der Bewegung sind und stattdessen solche Initiativen zu unterstützen, die in die entgegengesetzte Richtung laufen, selbst wenn diese nur auf spontane Weise funktionsfähig sind. Das Kriterium einer Teilnahme soll nicht sein, dass wir in allen Punkten übereinstimmen, sondern dass wir dazu beitragen, die einzelnen Kräfte in eine militante, radikale Richtung zu führen und aus den gemeinsamen Erfahrungen mit ihnen lernen. Es macht einen großen Unterschied, ob wir eine Menge unterschiedlicher Tendenzen in einer Bewegung haben, die grade ihre ersten

